

Bremerhaven, 25. Oktober 2017

Mitteilung Nr. MIT-FS 18/2017 - Tischvorlage		
zur Anfrage Nr. nach § 39 GOSTVV des Stadtverordneten der Fraktion vom Thema:	FS 18/2017 Dr. Ulf Eversberg Bündnis 90/DIE GRÜNEN 23.10.2017 Brandserie in Lehe - Brände in Wohngebäu- den (GRÜNE)	
Beratung in öffentlicher Sitzung:	Ja	Anzahl Anlagen: 0

I. Die Anfrage lautet:

Brandserie in Lehe - Brände in Wohngebäuden (GRÜNE)

Wir fragen den Magistrat:

1. Wann und wo im Stadtteil Lehe hat es in den vergangenen 24 Monaten Brände in Wohngebäuden gegeben, die durch Brandstiftung entstanden sein könnten?
2. Ist der Magistrat der Ansicht, dass die bisherigen Aktivitäten der sogenannten „Expertenkommission“ (Expertenkommission "Optimierung Gefahrenfrüherkennung Problemimmobilien") im Hinblick auf diese Brandserie ausreichend sind?
3. Wie bewertet der Magistrat Befürchtungen, dass unbekannte Täter*innen gezielt Wohngebäude in Brand stecken, die von Zuwanderer*innen bewohnt werden?

Gez. Ulf Eversberg
und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

II. Der Magistrat hat am 25.10.2017 beschlossen, die obige Anfrage wie folgt zu beantworten:

1. Wann und wo im Stadtteil Lehe hat es in den vergangenen 24 Monaten Brände in Wohngebäuden gegeben, die durch Brandstiftung entstanden sein könnten?

Folgende Tabellen und Karte zeigen die örtliche und zeitliche Verteilung vorsätzlicher Brandlegungen in den Jahren 2016 und 2017 im Stadtteil Lehe:

2016													
Ortsteil	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez	gesamt
Eckernfeld		1											1
Goethestraße			1			1	2	1		1			6
Klushof						1		1					2
Schierholz													0
Twischkamp													0
gesamt	0	1	1	0	0	2	2	2	0	1	0	0	9

2017													
Ortsteil	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez	gesamt
Eckernfeld							2						2
Goethestraße	3		2	1	1	1	5	1	2				16
Klushof			2	3		1	4		1				11
Schierholz				1									1
Twischkamp				1			1	1	2				5
gesamt	3	0	4	6	1	2	12	2	5	0	0	0	35



2. Ist der Magistrat der Ansicht, dass die bisherigen Aktivitäten der sogenannten

„Expertenkommission“ (Expertenkommission "Optimierung Gefahrenfrüh-erkennung Problemimmobilien") im Hinblick auf diese Brandserie ausreichend sind?

Auf Antrag von SPD und CDU beschloss der Ausschuss für öffentliche Sicherheit im Mai 2017 einstimmig die Einrichtung einer „Expertenkommission zur Gefahrenfrüherkennung in Problemimmobilien“. In der Folge wurde durch den Magistrat diese „Expertenkommission“ als präventive Maßnahme zum Schutz der BewohnerInnen / MieterInnen eingerichtet und eine Lenkungsgruppe, bestehend aus Sozialdezernentin, Baudezernentin und Feuerwehrdezernent, etabliert. Dem Magistrat und dem Ausschuss für öffentliche Sicherheit wird regelmäßig berichtet.

Ziele dieser Expertengruppe sind u. a. die Identifizierung von Problemimmobilien, die Evaluierung bestehender gesetzlicher Vorgaben sowie die Bewertung und die Erarbeitung ggfs. erforderlicher Anpassungsbedarfe. Diese Expertenkommission ist Teil der Gesamtstrategie, in Bremerhaven den Missbrauch sozialer Leistungen, Armutswanderung sowie unwürdige und gefährdende Wohnverhältnisse zu bekämpfen. Neben der Expertenkommission zur Gefahrenfrüherkennung in Problemimmobilien bestehen bereits die Arbeitsgruppe „Schrottimobilien“ (Federführung Stadtplanungsamt) sowie seit Februar 2017 unter der Federführung des Job Centers Bremerhaven die Arbeitsgruppe „Leistungsmissbrauch“.

Eine erste Aufgabe der Expertenkommission bestand darin, die Kommunikation und Abstimmung zwischen den drei Arbeitsgruppen zu etablieren. Sichergestellt wird dies über die Beteiligung des Bauordnungsamtes in allen drei Arbeitsgruppen.

In den weiteren Arbeitsschritten der „Expertenkommission“ wurden Kriterien für Mindeststandards und Unbewohnbarkeit in Form von Checklisten für Bestandsbauten entwickelt und mögliche Problemimmobilien identifiziert und aufgelistet. Diese Erfassung ist ein laufender Prozess, da die entsprechenden Listen fortlaufend bewertet bzw. erweitert werden.

Aktuell (Stand 20.10.2017) sind 114 Problemimmobilien gelistet, davon sind 76 Immobilien leer stehend und 38 Immobilien bewohnt. 10 Immobilien werden derzeit saniert.

Die zur Identifizierung von Problemimmobilien notwendige zentrale Datensammlung und -auswertung wurde beim Bauordnungsamt eingerichtet. Hier erfolgt die aktive Zusammenführung aller stadtinternen und externen Informationen, einschließlich des Datenaustausches mit - soweit rechtlich möglich - bestehenden Arbeitsgruppen bezüglich „Schrottimobilien“ und „Sozialmissbrauch“.

Die Besichtigung der Gebäude durch die Expertenkommission erfolgt sukzessiv nach Prioritäten, wobei bewohnte Gebäude an erster Stelle stehen. Bis zum 12.10.2017

wurden 12 Objekte einer intensiveren Überprüfung durch die Feuerwehr, das Bauordnungsamt und zum Teil weiteren Behörden unterzogen. Festgestellte Mängel wurden protokolliert und die Eigentümer zur Beseitigung der Mängel aufgefordert. Hieraus ergeben sich weitere Nachkontrollen. Für die Mängelbeseitigung sind unterschiedliche Fristen einzuhalten.

Weitere 36 Objekte wurden dahingehend vor Ort überprüft, ob eine erhebliche Gefahr besteht. Dabei wurden einige Gebäude als derzeit nicht akut gefährdet bzw. „keine bauordnungsrechtlich / brandschutztechnisch relevanten Mängel vorhanden“ eingestuft. Bei einigen anderen Objekten wurde festgestellt, dass aufgrund festgestellter Mängel kurzfristiger Handlungsbedarf besteht.

Das Dezernat XI führte am 12. und 13. Oktober Veranstaltungen zur Verhütung von Bränden und dem richtigen Verhalten im Brandfall für Bürgerinnen und Bürger in der „theo“ durch. Darüber hinaus wurden Flyer zu diesen Präventivmaßnahmen in Auflagezahl 70.000 in Bremerhaven verteilt.

Bezüglich der präventiven Aufgabenstellung an die Expertenkommission, der Identifizierung von Problemimmobilien, die Evaluierung bestehender gesetzlicher Vorgaben, die Bewertung und die Erarbeitung ggfs. erforderlicher Anpassungsbedarfe ist die Arbeitsweise der Expertenkommission aus Sicht des Magistrats zielgerichtet.

3. Wie bewertet der Magistrat Befürchtungen, dass unbekannte Täter*innen gezielt Wohngebäude in Brand stecken, die von Zuwanderer*innen bewohnt werden?

Den Ermittlungsbehörden liegen keine konkreten Informationen darüber vor, dass gezielt Wohngebäude in Brand gesteckt werden, die von Zuwanderinnen oder Zuwanderern bewohnt werden.

In der Zeit vom 01.01 bis zum 09.10.2017 sind der Ortspolizeibehörde Bremerhaven 186 Brandfälle bekannt geworden, zu denen die Brandursache von den Brandermittlern der Kriminalpolizei untersucht wird. Die Untersuchungen hierzu dauern aufgrund der regelmäßig komplex anzustellenden Untersuchungen teilweise noch an. Das phänomenologische Spektrum dieser Brandsachen ist breit gefächert. Unter diesen Sachverhalten finden sich z.B. brennende Kraftfahrzeuge, Grasnarbenbrände, Essen, das auf dem Herd angebrannt ist oder Brände, die durch Kurzschluss entstanden sind. Von diesen Bränden wird in 106 Fällen geprüft, ob eine Straftat vorliegt. In 74 Fällen bestehen Verdachtsmomente, die dafür sprechen, dass die Brände vorsätzlich gelegt wurden. Auch hier spannt sich die Bandbreite der mutmaßlichen Brandlegungen von angezündetem Unrat über angesteckte Mülleimer oder –container bis hin zu Brandlegungen in Wohngebäuden. Von diesen 74 Fällen handelt es sich in 35 Fällen um Brandlegungen an Wohngebäuden im Stadtteil Lehe. Nach dem Stand der bisherigen Ermittlungen gehen die Ermittlungsbehörden davon aus, dass seitens der Täter günstige

Gelegenheiten für eine Brandlegung, wie z.B. frei zugängliche Brandlasten (Müllcontainer, Papiercontainer, Kinderwagen in Treppenhäusern pp.) für die Brandlegungen genutzt werden. Die günstige Gelegenheit scheint das Hauptmotiv für die Brandlegungen zu sein.

Die ermittelnde Sonderkommission ist für jeden Hinweis dankbar.

Gez.
Paul Bödeker
Bürgermeister